

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XVIII/136

Bonn, den 24. Juni 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Glücklicher Auftakt</u> Zum ersten Tag des Arbeitsbesuches von Kennedy	38
2 - 3	<u>Paul VI.</u> Vom Geiste seines großen Vorgängers erfüllt Von Peter Wollen. MdB	83
4 - 5	<u>Blickpunkt Europa</u> Europäische Gespräche in Recklinghausen	84
6	<u>Zielstrebig und gewissenhaft</u> Kurt Mattick zum 55. Geburtstag Von Willy Brandt, Regierungser von Berlin	84
7	<u>Internationale Arbeitskonferenz ohne Afrika</u> Stein des Anstoßes: Südafrika Von Bruno Kuster, Genf	87

Chefredakteur Günter Markscheffel

(z.Z. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

### Glücklicher Auftakt

#### Zum ersten Tag des Arbeitsbesuches von Kennedy

Er - J. F. Kennedy, der junge Präsident der Vereinigten Staaten, hat schon am ersten Tage seines Arbeitsbesuches in der Bundesrepublik die Herzen des deutschen Volkes erobert. Zwei Millionen Bundesbürger umhüllten die Strassen, durch die er mit seiner Kolonne zog. Hunderttausende erwarteten ihn vor den Rathäusern in Köln und Bonn und ähnliche Bilder werden sich auch in Frankfurt und Berlin, den nächsten Stationen seines Deutschlandbesuches, bieten. Weitere Millionen verfolgten das Geschehen über Rundfunk und Fernsehen. In dieser Anteilnahme drückt sich mehr aus als nur das Gefühl, einem hochgestellten am Schalthebel der Weltpolitik sitzenden Gast die Reverenz erweisen zu müssen oder Sensationen erleben zu wollen. Die deutsch-amerikanische Schicksalsverbundenheit im Atomzeitalter fand und findet hier ihren überzeugenden Niederschlag.

Es war gut, daß sich der Präsident der Vereinigten Staaten nicht von seinem Besuch hat abhalten lassen. Viele haben ihn davon abgeraten. Der Besuch wäre inopportun, hieß es, er könne als eine gegen die Gaullie gerichtete Demonstration bewertet werden, lasteten andere Befürchtungen. Das aber ging am Kern vorbei. Kennedy ließ sich davon nicht beeindrucken. Die unmittelbare Begegnung mit dem deutschen Volke, die Gespräche mit seinen führenden Männern aus allen Parteien sind ein Wert in sich, den er nicht missen wollte. Schon am ersten Tag seines Aufenthalts in der Bundesrepublik konnte er die Gewißheit bekommen, daß das deutsch-amerikanische Bündnis nicht nur ein Produkt künstlicher Staatsvermunft ist, sondern den innersten Bedürfnissen des deutschen Volkes entspricht. Die Zeit, in der deutsche und amerikanische Soldaten auf den Schlachtfeldern des ersten und zweiten Weltkrieges sich als Gegner befehmeten, gehört für immer der Vergangenheit an. Die Energien beider Völker sind nun in größerem Rahmen auf gemeinsame Ideale und Zielsetzungen gerichtet.

Kennedy hat als letzte Station seiner Deutschlandreise Berlin gewählt. Darin liegt mehr als eine Bekundung freundschaftlicher Gefühle für die Berliner. In Berlin entscheidet sich nicht nur deutsches Schicksal. In der Sicherheit dieser Stadt und in der Erneuerung ihrer Freiheit sind Sicherheit und Freiheit der ganzen westlichen Welt begründet. Dieses Wissen setzt den sowjetischen Ausdehnungsdrang in Europa unübersteigbare Grenzen.

Die Deutschen vertrauen Kennedy und seiner großen Nation, deren Präsident er ist. Dieses Politikum allerersten Größenordnung läßt alle anderen Überlegungen in den Hintergrund treten.

Paul VI.

Vom Geiste seines großen Vorgängers erfüllt

Von Peter Nellen, MdB

Giovanni Battista Montini ist nach unerwartet kurzen Konklave im 5. Wahlgang zum Oberhaupt von 560 Millionen Katholiken, zum Römischen Papst, gewählt worden. Vielfach hatte man erwartet oder auch befürchtet, dieser scharf profilierte Mann würde wegen seiner unterschiedenen Zuneigung zum sogenannten Roncalli-Kurs in dem vorausgesagten Ringen zwischen der konservativen und der mehr fortschrittlichen Richtung unter den Wählern die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht erringen. Es ist anders gekommen. Das Gewicht seiner Persönlichkeit hat den Ausschlag gegeben.

Für den neuen Pontifex ist seine Familiengeschichte nicht unerheblich. Am 26. September 1897 als Sohn eines Anwalts, Zeitungsverlegers und Abgeordneten der italienischen Kammer geboren, hat er ohne Zweifel in diesem Elternhaus schon als Jugendlicher, als Student und junger Priester auch bestimmte politische Eindrücke gewonnen. Sein Vater trat in die Politik ein zu einem Zeitpunkt, wo das katholische Italien unter der Führung des Feuerkopfes Don Sturzo mit der Gründung der Volkspartei überhaupt erst anfang, eine höchst unfruchtbare und schädliche Resignation gegenüber dem nationalen Italien zu liquidieren. Das Ende des Kirchenstaates hatte nämlich zu einer jahrzehntelangen Abstanz weitester Volkskreise gegenüber der Politik geführt. Nach päpstlicher Weisung sollten die Katholiken aus Protest gegen den "Raub des Kirchenstaates" und als Demonstration für den "Gefangenen im Vatikan" sogar den Wahlen fernbleiben. Der junge Montini hat in seinem Vater ein Beispiel für mutige Entscheidungen und realistische Betätigung im öffentlichen Leben vor Augen gehabt.

Nach einem glänzenden Studium führte ihn der diplomatische Dienst des Vatikans für eine kurze Zeit an die päpstliche Nuntiatur in Warschau, wo er gewiß unvergessliche Eindrücke gewonnen hat, welche Bilder, Erinnerungen an die Vergangenheit, und Visionen ungleich schwierigerer Nöte und Komplikationen in der Gegenwart, sind ihm durch Geist und Herz gegangen, als er den Treueid des polnischen Kardinals Wyschinski entgegennahm und ihn unter Tränen umarmte!

Bedeutungsvoll scheinen auch die sehr engen sachlichen und persönlich freundschaftlichen Kontakte mit dem Wiener Kardinal König, der als Verbindungsmann zwischen dem Vatikan und der Kirche hinter dem Eisernen Vorhang unter Johannes XXIII. eine wichtige und entscheidende er folgsversprechende Rolle zugefallen war.

Nach einer fast 30-jährigen brillanten Arbeit im diplomatischen Dienst des Vatikans, und zwar in der römischen Zentrale, dem Staatssekretariat, konnte er in der größten italienischen Diözese, in der Handels- und Wirtschaftsmetropole Mailand, hervorragende seelsorgliche Erfahrungen sammeln. Es ist erstaunlich, wie sehr er dort ein Mann des Volkes geworden ist; aufgeschlossen für alle Nöte und Probleme der modernen Industriewelt, der Großstadt und besonders auch der Arbeiterschaft. Es mag nicht jedem sofort einleuchten, was es bedeutet, daß er zur Verstärkung einer unbedingt volksnaher Seelsorge in diesen Jahren allein 50 neue Kirchen baute. Aber das ist bezeichnend, es be-

deutet nicht mehr und nicht weniger, als daß dieser Bischof klar erkannt hatte, daß die Kirche nicht darauf warten kann, daß die Menschen zu ihr kommen, sondern daß die Kirche auf die intensivste Art, aufgeschlossen für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Umwelt, zu den Menschen kommen muß, um dort einen hilfreichen Dienst zu tun.

In der Auseinandersetzung mit mehr konservativen Auffassungen und Kräften ist das ein moderner, unseren heutigen Lebenswirklichkeiten entgegenkommender Zug. Als Nachfolger des einzigartigen Roncalli-Papstes kommt es ihm zugute, daß er zu seinem brillanten Intellekt und seiner großen Amtserfahrung ebenfalls von großer Herzenswärme, menschlicher Güte und ungewöhnlicher Kontaktfähigkeit ist. Es ist nicht nur zu hoffen, sondern es darf erwartet werden, daß das päpstliche Amt auch von ihm menschlich-persönliche Farbe und weit über die Kirchen hinaus wirksame Anziehungskraft haben wird.

Nach seiner ersten Ansprache vor den Kardinälen, man könnte sie eine Art von Regierungserklärung nennen, hat er erste, sehr genaue Akzente für sein Pontifikat gesetzt. Er wird das zweite vatikanische Konzil im Sinne seines Vorgängers fortsetzen. Die innerkirchliche Ordnung soll durch eine Reform des kirchlichen Rechtes und dessen Modernisierung gefördert werden. Die Festigung und den Fortschritt der sozialen Gerechtigkeit im Weltmaßstab, den großen solidarischen Einsatz für die Entwicklungsländer und fortgesetzte Bemühungen zur Hebung des Lebensstandards sieht er ebenfalls als seine Aufgaben an.

In unserem Zeitalter der Eroberung des Weltraumes hat der Römische Pontifex die besonders dringende Verpflichtung auf sich zu nehmen, den Geist internationaler Zusammenarbeit und brüderlicher Solidarität mit allen Mitteln zu fördern, die seinem Amte gemäß sind. Davon wird der Frieden für die Menschheitsfamilie abhängen. Auch die große Aufgabe, die Wiedervereinigung der Christen voranzutreiben, wird von ihm im Geiste seines großen Vorgängers nicht eng konfessionell-kirchlich gesehen, sondern als ein Dienst, der der gesamten Menschheit, allen, die innerhalb und ausserhalb der Mauern guten Willens sind, zugute kommen soll.

Paul VI. hat damit die großen und bewegenden Absichten seines Vorgängers voll aufgenommen: Frieden auf Erden in Gerechtigkeit und Freiheit.

+ + +

24. Juni 1963

## Blickpunkt Europa

### Europäische Gespräche in Recklinghausen

W.B. - Im Rahmen der alljährlich in Recklinghausen stattfindender Ruhrfestspiele, die ein Spiegelbild der kulturellen Arbeit und des kulturellen Willens des Deutschen Gewerkschaftsbundes vermitteln, werden auch "Europäische Gespräche" durchgeführt. "Europäische Gespräche" nicht allein wegen der nationalen Herkunft der Gesprächsteilnehmer, sondern vielmehr wegen der Sicht, unter der diese Begegnungen stehen: Europa.

Es sind auch nicht nur Gespräche von und unter Gewerkschaftern sondern der Veranstalter - der Deutsche Gewerkschaftsbund - legt besonderen Wert darauf, daß vorwiegend Kerne der Gewerkschaften und ihrer Zielsetzung, die außerhalb der Gewerkschaften, vor allem im wissenschaftlichen Raum tätig sind, zu Wort kommen. So versammelten sich in diesem Jahr, zu dem 12. Europäischen Gespräch, in Recklinghausen Fachkernern aus sieben europäischen Ländern, einschließlich Großbritannien, und auch aus den USA. Man diskutierte diesmal über die "Autonomie der Gewerkschaften in einem integrierten Europa".

Während die Gespräche sich in den ersten Jahren vorwiegend dem engeren Bereich des staatlich-politischen Raumes zuwandten, befaßte sich bereits das vorjährige Gespräch mit der Wirtschaftsgesellschaft und der Stellung der Gewerkschafter zu und in ihr.

Eine sinnvolle Behandlung dieses Problems setzte angesichts der Vielgestaltigkeit der Gewerkschaften in Europa voraus, daß man sich zunächst über die Rechtsstellung der Gewerkschaften in einigen wichtigen europäischen Ländern ein ungefähres Bild verschaffen mußte, um so eine Basis für ein Gespräch über die Rolle der Gewerkschaften im Wirtschaftsleben zu bekommen. Man mußte z.B. wissen, wie weit ihre Befugnisse zur kollektiven Regelung der Arbeitsbedingungen gehen, um Schlußfolgerungen für die Möglichkeit übernationaler Vereinbarungen treffen zu können.

### Integrationschwierigkeiten

In einem einleitenden Referat berichtete in diesem Jahr Dr. Raymond Krisam, Dortmund, über die Beteiligung der Arbeitnehmer an der öffentlichen Gewalt in den verschiedenen europäischen Ländern. Gerade diese Betrachtung machte deutlich, wie unterschiedlich die Demokratie in den einzelnen europäischen Ländern gestaltet ist, trotzdem aber Demokratie bleibt. Es wurden aber auch die Schwierigkeiten offensichtlich, die die Integration mit sich bringt und noch mit sich bringen wird, wenn wir uns darüber einig sind, daß es keine Uniformierung und keine befohlene Gleichstellung geben darf.

Allgemeine Beachtung fanden die Ausführungen von Prof. Dr. J. Pen, Universität Groningen, über "Tarifautonomie in einem integrierten Europa". Prof. Pen sprach für Europa, aber er warnte gleichzeitig vor Illusionen und idealistischen Vorstellungen. Er sprach von einer "Europäischen Solidarität", die die Realitäten sieht und die Schwierigkeiten meistert: "Europäische Integration bedeutet europäische Solidarität. Fehlt es daran, dann bleibt die EWG eine Sache von Bürokraten."

Das war auch gleichzeitig eine Absage an jene Politiker, die in ihren Reden die Bedeutung der EWG für die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse gern überbewerten, aber nicht zu einer Tat bereit sind. Der Redner glaubte weiterhin, daß das Steuersystem der EWG weniger sozial sein werde als es allgemein erhofft wird, "aber die Harmonisierung kommt nur langsam zustande und das Wachstum des Volkseinkommens kann in der Zwischenzeit die Last für die unteren Einkommensgruppen mildern." Prof. Pen hielt eine allgemeine Lohnpolitik für erforderlich, ohne in ihr jedoch "ein selbstverständliches Mittel, die Einkommensverteilung zu verbessern", zu sehen. Realunterschiede waren für ihn vorwiegend Ausdruck einer unterschiedlichen Arbeitsproduktivität. Sollte die Integration jedoch gelingen, so sei ein allgemein verbreiteter Wohlstand, d.h. eine internationale Nivellierung der Arbeitsproduktivität vorzuziehen. Um eine gerechte Lohnstruktur erreichen zu können, erhofften Diskussionsredner von den Gewerkschaften eine gewisse Zentralisation ihrer Lohnpolitik.

#### Eingeschränkte Autonomie der Gewerkschafter ?

Damit wurde gleichzeitig auf eine Schwierigkeit und auch auf eine Gefahr hingewiesen, die damit für die Autonomie der Gewerkschaften verbunden sein kann. Eine Zentralisation der Lohnpolitik im europäischen Bereich verlangt zunächst eine Übereinstimmung im nationalen Bereich. Und hierbei müßten einzelne Gewerkschaften zugunsten einer Einheitlichkeit von ihrer Autonomie etwas an eine Zentrale abgeben. Allgemein aber wird es, so meinen viele Gesprächsteilnehmer, auch in einem integrierten Europa eine autonome Lohnpolitik geben müssen. In diesem Zusammenhang diskutierte man in Recklinghausen auch die Frage, ob eine Integration die Autonomie der Gewerkschafter, für die man übrigens keine genaue Definierung finden konnte, einengen wird. Man verneinte es, sah aber trotzdem die Gefahr, daß in einem integrierten Europa die Gewerkschafter leicht zu einer Mittel staatlicher Wirtschaftspolitik werden könnten.

Mit "Planung und Wettbewerb" befaßte sich Prof. Gleitze, Köln, der gleichzeitig für eine volle Ausnutzung der in jeder Konjunkturphase unterschiedlichen Lohnchancen eintrat.

Das Recklinghauser Europäische Gespräch hat viele neue Ansatzpunkte für eine europäische Integration gezeigt: wollen wir hoffen, daß sie die Politiker wahrnehmen!

+ + +

Kurt Mattick zum 55. Geburtstag

Zielstrebig und gewissenhaft  
Von Willy Brandt, Regierender von Berlin

Der neue Vorsitzende der Berliner SPD, Kurt Mattick, vollendet am 27. Juni 1963 sein 55. Lebensjahr. Er kann schon jetzt auf ein erfolgreiches politisches Wirken zurückblicken.

Kurt Mattick hat es nicht leicht gehabt. Aber er hat sich durch Zielstrebigkeit und Gewissenhaftigkeit einen führenden Platz in der Berliner Politik erzwungen.

Geboren in Berlin, führte ihn sein beruflicher Weg über die Maschinenschlosserlehre bei Borsig, über seine Tätigkeit als Handelsvertreter und Kaufmann zu seiner heutigen, ganz der Politik gewidmeten Arbeit.

Seine persönliche Entwicklung wurde geprägt von seiner langjährigen Tätigkeit in der Jugendkommission des Berliner Metallarbeiterverbandes und in der Sozialistischen Arbeiterjugend. Bereits frühzeitig Funktionär in der Berliner SPD, mußte er mit dem Ende der Weimarer Republik das Verbot seiner Partei erleben.

Während der Zeit der Unterdrückung gehörte er der illegalen Gruppe "Neubeginnen" an.

Kurt Mattick ist einer von denjenigen, die sich nach dem Zusammenbruch sofort dem Wiederaufbau unserer Stadt zur Verfügung stellten. Beruflich in der "Zentralverwaltung der deutschen Industrie" tätig, widmete er sich an führender Stelle dem Aufbau der Berliner SPD.

1946 wurde er Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und Fraktionssekretär. Von 1947 an war er - mit einer Unterbrechung - stellvertretender Landesvorsitzender. Seit 1953 vertritt er die Berliner Sozialdemokraten als Mitglied des Deutschen Bundestags. Sein besonderes Interesse gilt den Berliner, gesamtdeutschen und außenpolitischen Fragen.

Mit seiner Wahl zum Landesvorsitzenden Mitte Mai 1963 sind neue verantwortungsvolle Aufgaben auf Kurt Mattick zugekommen. Er wird sie auf seine Art zu meistern wissen. Hierbei wird ihm die sachliche und abgewogene Art zu Hilfe kommen, mit der er seine Arbeit anpackt. Sein 55. Geburtstag bedeutet für ihn keinen Rastpunkt. Gemeinsam mit seinen Freunden wird er die Arbeit zum Wohle des gespaltenen Berlins und unseres Vaterlandes fortsetzen.

Hierzu wünschen wir ihm Gesundheit und Kraft.

Internationale Arbeitskonferenz ohne Afrika

Stein des Anstosses: Südafrika

Von Bruno Kuster, Genf

Die 47. Internationale Arbeitskonferenz geht weiter, obwohl 32 afrikanische Delegationen nicht nur das Palais des Nations, sondern auch die Stadt Genf verlassen haben. Anstelle des nigerianischen Arbeitsministers Johnson, der das Präsidium niedergelegt hatte, wurde für den Rest der Tagung der Däne Dreyer zum Vorsitzenden gewählt. Dieses selbst für die besagte Geschichte der Internationalen Arbeitsorganisation außergewöhnlich überwiegende Ereignis ist darauf zurückzuführen, daß die Konferenz dem afrikanischen Begehren auf Ausschluß Südafrikas, der nach der Satzung der Internationalen Arbeitsorganisation nicht möglich ist, nicht stattgegeben hat. Afrika hat die Arbeitskonferenz, nicht aber die Arbeitsorganisation verlassen, in welcher es seine Stellung in den bereits stattgefundenen Wahlen ganz bedeutend verstärkt hat. Auch haben sich die Afrikaner klugerweise vergewissert, daß die Konferenz auch nach ihrem Auszug beschlußfähig bleibt, damit das Budget angetroffen werden kann, von dem Afrika schließlich nicht wenig profitiert ...

Recht gegen Recht

Herrschte anfänglich der Eindruck vor, die afrikanischen Proteste gegen die südafrikanische Delegation entsprängen einer mehr oder weniger spontanen und durchaus begreiflichen Erregung, wurde bald deutlich, daß es sich um weit mehr als um einen Zwischenfall handelt. Für Afrika geht es um die Durchführung der Beschlüsse von Addis Abeba, wonach alles getan werden soll, um Südafrika zur Aufgabe seiner Apartheid-Politik zu zwingen. Unglücklicherweise war die Internationale Arbeitskonferenz das erste Opfer dieser Politik. Alles deutet aber darauf hin, daß es nicht das letzte sein wird.

Der afrikanischen Argumentation kann die Logik nicht abgesprochen werden. Vor zwei Jahren schon lud die Arbeitskonferenz Südafrika nämlich ein, sich aus der Organisation zurückzuziehen, eine Aufforderung, der natürlich keine Folge gegeben wurde. Die Afrikaner erklären nun, durch diesen Konferenzbeschuß sei neues Recht geschaffen worden, dem nachgelebt werden müsse, und des umso mehr, als Südafrika wesentliche Grundsätze und Konventionen der Arbeitsorganisation willentlich mißachte. Kann ein notorischer Rechtsbrecher den Schutz des Rechtes für sich in Anspruch nehmen? Darf er weiterhin einen Platz inmitten einer ehrenhaften Gesellschaft beanspruchen?

Nein, sagen die Afrikaner, die an ihre von der südafrikanischen Polizei verfolgten Brüder denken. Doch, erklärt aber Generaldirektor David A. Morse, der vergeblich versuchte, den erregten Afrikanern begreiflich zu machen, daß auch der Kampf gegen die Apartheid wie gegen jedes andere Unrecht nur im Rahmen und im Namen des Rechtes erfolgreich geführt werden kann. Und dieses Recht - die Satzung der Arbeitsorganisation - verbietet den Ausschluß einer Regierung. Würde die Organisation auch nur um einen Zentimeter davon abweichen, wäre ihr Untergang besiegelt.

Keine Stimme für Südafrika

Leider hatten sich die Afrikaner schon zu deutlich festgelegt, so daß keine Verständigung mehr möglich war. Sie haben in ihrer berechtigten Empörung über Südafrika, zu dessen Verteidigung sich auch nicht eine einzige Stimme vernehmen ließ, in recht unüberlegter Weise die Existenz der Arbeitsorganisation aufs Spiel gesetzt, die zur Beseitigung der Rassendiskriminierung praktisch schon viel getan hat und noch tun wird. Aber eines haben die Afrikaner erreicht: die Welt muß jetzt wählen, für oder gegen das junge Afrika, für oder gegen die Apartheid.